

11.07.1995

RUNDBRIEF

1/1995

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Editorial	2
Vorwort	3
I) Infos / Tips / Termine	4
II) Sozialpolitik	6
Sozialhilfe-Richtlinien Baden-Württemberg	
Erhöhung der Sozialhilfe-Regelsätze	
Bekleidungs pauschalen	
Restaurant für Obdachlose	
Arbeitslosenunterstützung	
III) Nachrichten vom <i>PARITÄTISCHEN</i>	8
Kinderläden präsentieren sich der Öffentlichkeit	
Mitgliederversammlung des <i>PARITÄTISCHEN</i> Landesverbandes	
Fachgruppen und Gremienvertretung	
Personalkostenabrechnung / Zusatzversorgungskasse	
Kleinere Meldungen	
IV) Sozialpolitische Offensive (SOPO)	11
AnsprechpartnerInnen	
Prämienarbeiten in Mannheim	
Hearing: Soziale Grundsicherung als Armutsbremse?	
V) Informationen aus den Mitgliedsverbänden	13
Frauenhaus: Gewalt an Migrantinnen	
roll-in: MVG läßt Stadtrat sitzen	
Biotopia: Unterschriftensammlung an Europaabgeordnete	
VI) Bezirksgeschäftsstelle	15
Pflegedienst rund um die Uhr	
VII) Pressespiegel	16 ff.
Redaktion: Horst Hembera	Referent des Kreisverbandes Telefon (0621) 33837-0

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde,

der erste Rundbrief an die Mitgliedsverbände des *PARITÄTISCHEN* Kreisverbandes Mannheim liegt nunmehr vor. Ihm sollen im Abstand von circa zwei Monaten oder bei einem wichtigen Anlaß weitere folgen. Sinn und Zweck des Rundbriefes soll es einmal sein, die im *PARITÄTISCHEN* organisierten Mitgliedsverbände regelmäßig über soziale und kommunalpolitische Themen zu informieren, andererseits soll der Rundbrief aber auch ein Forum für die Mitgliedsorganisationen bieten, ihre eigenen Aktivitäten und ihr eigenes soziales Engagement den anderen Verbänden und der Öffentlichkeit nahezubringen. In diesem Sinne steht der Rundbrief als Medium allen Mitgliedsverbänden zur Verfügung.

Im *PARITÄTISCHEN* Kreisverband Mannheim sind neben größeren Mitgliedsorganisationen auch zahlreiche kleinere Verbände vertreten. Gerade für letztere gilt, daß sie oft über wenig finanzielle und/oder personelle Ressourcen verfügen, so daß die von ihnen geleistete soziale Arbeit kaum ausreichend zur Kenntnis genommen wird. Auch wissen viele der 43 Mitgliedsverbände nicht, mit welcher Art sozialer Tätigkeit sich die anderen Verbände beschäftigen. Hier soll der Rundbrief abhelfen, indem ein Informationsnetz aufgebaut werden und u. a. die Arbeit der einzelnen Verbände vorgestellt werden soll. Weiterhin ist im Bedarfsfall vorgesehen, die Verbände organisatorisch zu unterstützen (eventuell Planung und Vorbereitung von Veranstaltungen) und einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Die Rubrik Infos / Tips / Termine weist auf wichtige lokale Termine bzw. Veranstaltungen oder Treffen von Mitgliedsverbänden hin und gibt Tips zu Veröffentlichungen und Broschüren.

In der Rubrik Sozialpolitik sollen neben wichtigen sozialpolitischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene auch Positionen des *PARITÄTISCHEN* Gesamtverbandes zu zentralen gesellschaftspolitischen Problemen dargestellt werden, die im weitesten Sinne mit der Arbeit eines Sozialverbandes zu tun haben (beispielsweise die Sozialhilfe-“Reform“ aus dem Hause Seehofer).

In der Rubrik Nachrichten vom PARITÄTISCHEN werden Beschlüsse des *PARITÄTISCHEN* Kreisvorstandes veröffentlicht und über die Arbeit der Fachgruppen berichtet.

In der Rubrik Sozialpolitische Offensive (SOPO) - der lokalen Armutskonferenz in Mannheim - wird regelmäßig auf die Ergebnisse der innerhalb der SOPO tätigen drei Arbeitsgruppen eingegangen.

Die Rubrik Informationen aus den Mitgliedsverbänden soll aus der Arbeit der Mitgliedsverbände berichten und ihnen Gelegenheit geben, ihre verbandspolitische Arbeit darzustellen.

Die Rubrik Bezirksgeschäftsstelle gibt Informationen zu Themen wie Pflegeversicherung, Essen auf Rädern und Mobile Soziale Dienste.

Schließlich werden in der Rubrik Pressespiegel Zeitungsartikel zusammengestellt, die über die Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen des *PARITÄTISCHEN* veröffentlicht worden sind.

Verantwortlich für den Rundbrief und die Zusammenarbeit ist meine Wenigkeit. Die Stelle als Referent für Öffentlichkeitsarbeit ist neben anderem gleichzeitig als Anlaufstelle für die Mitgliedsverbände gedacht und soll die Verbandsarbeit koordinieren. Für diesbezügliche Fragen stehe ich den Mitgliedsverbänden jederzeit zur Verfügung. Zum Selbstverständnis meiner Arbeit möchte ich schließen mit einem Zitat aus der Präambel der verbandspolitischen Grundsätze des *PARITÄTISCHEN* Gesamtverbandes:

„Der PARITÄTISCHE ist der Idee sozialer Gerechtigkeit verpflichtet, verstanden als das Recht eines jeden Menschen auf gleiche Chancen zur Verwirklichung seines Lebens in Würde und der Entfaltung seiner Persönlichkeit. (...) Der PARITÄTISCHE vertritt mit seinen Mitgliedsorganisationen insbesondere die Belange der sozial Benachteiligten und der von Ungleichheit und Ausgrenzung Betroffenen oder Bedrohten.“

Kinderläden im Aufbruch, Pflegeverwirrung noch nicht beendet

Liebe Mitglieder, liebe sozial Engagierte,

die Umsetzung der Pflegeversicherung bereitete auch drei Monate nach ihrer Einführung vehementes Kopfzerbrechen. Mit erheblichem Aufwand konnten die Mitgliedsorganisationen im *PARITÄTISCHEN* bisher dennoch - toi, toi, toi - alle Hürden umschiffen. Damit die nach wie vor vorhandenen Probleme bei unseren in der Regel kleineren Mitgliedsorganisationen gemeinschaftlich und damit effektiver bearbeitet werden können, hat sich jetzt die Fachgruppe Pflegedienste beim Kreisverband Mannheim gegründet.

Eine positive Stimmung herrscht dagegen in der Fachgruppe Kindertageseinrichtungen und bei den Elterninitiativen. Im September eröffnen in Seckenheim die Seebären den sechsten Kinderladen in der Stadt und eine gemeinsame Werbeveranstaltung mit dem Stadtjugendamt brachte trotz einiger Kritik an der Vorbereitung und Durchführung doch erhebliche öffentliche Resonanz. Darüberhinaus hat das Jugendamt der Stadt angekündigt, eine Vorlage für den Jugendhilfeausschuß vorzubereiten, in dem auf die spezifische Situation der Kinderläden auch finanziell reagiert werden soll.

Wir vom Kreisvorstand freuen uns, daß wir mit der Herausgabe dieses ersten Kreisrundbriefes die Kommunikation innerhalb unseres Verbandes stärken können. Möglich gemacht hat dies die neue Stelle des Kreisreferenten, die wir mit Hilfe des Mannheimer Arbeitsamtes, der Stadt Mannheim und des Landesverbandes einrichten konnten. Mit Horst Hembera konnten wir die Stelle auch ausgesprochen kompetent besetzen.

Der Herbst wird uns eine Auseinandersetzung mit der laufend gekürzten Sozialhilfe und den zu erwartenden Regierungsvorschlägen bringen. Die von der Regierung herbeigeführte Armut in diesem Lande wird ein Schwerpunkt unserer künftigen sozialpolitischen Arbeit auch auf kommunaler Ebene sein müssen. Beim Schreiben dieser Zeilen lese ich in der Presse, daß die Regierung erneut das Arbeitslosengeld im Visier hat.

Bevor ich Ihnen allen zum Schluß noch einen schönen Urlaub wünsche, kann ich noch mitteilen, daß unser Bauauschußvorsitzender Rolf Seltenreich (MdL) den Beginn des Umbaus in der Alphornstraße 2a verkünden durfte und daß Yvette Bödecker vom Mannheimer Frauenhaus u.a. den Kreisverband im Landesvorstand von Baden-Württemberg vertreten kann, darf, soll. Herzlichen Glückwunsch nachträglich noch von dieser Stelle zu Deiner Wahl, Yvette.

Kommen Sie trotz Ozon und Sommersmog gut über die hitzigen Tage.

Ihr Frieder Brender

Kostenloser Besuch des Bundestages - bitte melden!

Am Donnerstag, 21.09.1995, besteht für Einzelmitglieder und Gruppen aus dem Bereich des *PARITÄTISCHEN* Wohlfahrtsverbandes auf Einladung des MdB Jürgen Rochlitz die Möglichkeit, einen Tagesausflug ins Bonner Regierungszentrum zu unternehmen. Geplant ist u. a. eine Stadtrundfahrt mit Führung, ein Besuch im Haus der Geschichte, eine Visite im Bundesarbeitsministerium sowie ein abendlicher Plenumsbesuch. Interessierte sollten sich bis spätestens Ende Juli bei Ulrike Morr, der Mitarbeiterin von Jürgen Rochlitz (0621-25824) oder bei Horst Hembera (0621-33837-0) anmelden.

I Infos / Tips / Termine

Broschüre zu Kindertageseinrichtungen

Für Eltern, die planen, eine Kindertageseinrichtung für ihre Sprößlinge zu gründen, hat der *PARITÄTISCHE* Wohlfahrtsverband, Landesverband Baden-Württemberg, eine Arbeitshilfe mit dem Titel **>Vereinsgründung. Einrichtungsgründung für Trägervereine von Tageseinrichtungen für Kinder<** erstellt. In allgemeinverständlicher Form werden hilfreiche Tips zur Überwindung bürokratischer Hürden bei einer Vereinsgründung dargestellt. Auszüge aus den einschlägigen Paragraphen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und Musterbriefe zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit und viele andere nützliche Ratschläge ergänzen die Broschüre. Die Arbeitshilfe kann über den *PARITÄTISCHEN* Wohlfahrtsverband Mannheim, Rheinstraße 11 bezogen oder unter 0621-33837-0 bestellt werden (13.-DM, für Mitgliedsverbände 10.-DM).

Das **Programm für Herbst/Winter 1995-1996** der **Freizeitschule Mannheim** ist erhältlich. Anmeldungen für die Kurse können schriftlich, per Fax, telefonisch oder persönlich erfolgen zu folgenden Bürozeiten: Montag bis Freitag 8.00 bis 12.00 Uhr und 17.00 bis 19.00 Uhr. Telefon: (0621) 856766, Fax (0621) 858401. Adresse: Freizeitschule Mannheim, Neckarauer

Waldweg 145, 68199 Mannheim.

Das seit 1. Januar 1992 gültige Betreuungsgesetz ist zusammengefaßt in der **Broschüre >Das neue Betreuungsrecht<**. Sie kann kostenlos bezogen werden beim Bundesministerium der Justiz, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

Die AOK hat einen kostenlosen Ratgeber **>Häusliche Pflegehilfe<** herausgegeben, der u. a. die drei Pflegestufen mit Abrechnungsbeispielen enthält. Zu beziehen bei der AOK. Der Ratgeber liegt auch aus beim *Paritätischen* Wohlfahrtsverband Mannheim, Rheinstr. 11 und kann dort abgeholt werden.

Die Broschüre **>Sozialhilfe - Ihr gutes Recht<** (Stand April 1995) kann kostenlos bestellt werden beim Bundesministerium für Gesundheit, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 53108 Bonn.

Eine Dokumentation **>Altenhilfe. Verwirrte alte Menschen und ambulante Dienste<** als Zusammenfassung eines Hearings vom 30. November 1994 ist von der Stadt Mannheim, Dezernat III, Sozialamt herausgegeben worden.

Das **>Statistische Taschenbuch Gesundheit 1994<** enthält u. a. in knapper Form Informationen über ausgewählte

Krankheitsarten sowie Tabellen zur Pflegedürftigkeit und ist kostenlos erhältlich beim Bundesministerium für Gesundheit, Am Probsthof 78 A, 53121 Bonn (Telefax 0228-941-4972).

Eine **>Orientierungshilfe zur Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen<** hat der Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern herausgegeben. Sie kann dort unter 0711/6375-432 telefonisch angefordert werden.

Die Broschüren **>Das Mietrecht. Was Mieter und Vermieter wissen sollten<** (Neuaufgabe Januar 1995) und **>Wohngeld<** (36. Auflage 1995) können kostenlos bestellt werden beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 53105 Bonn.

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz hat eine Broschüre mit dem Titel **>Schutz der Sozialdaten<** herausgegeben, die neben den gesetzlichen Grundlagen des Datenschutzes ein Kapitel „Rechte des Betroffenen“ und ein Adressenverzeichnis aller Datenschutzbefragten enthält. Kostenlos zu beziehen bei: Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Postfach 20 01 12, 53131 Bonn.

TERMINE

Donnerstag, 13.07.1995
um 15.30 Uhr: Ausschuß für
Wirtschafts- und
Beschäftigungsförderung,
Stadthaus N 1.

Donnerstag, 13.07.1995 ab
17.00 Uhr: „**Jugend will
Zukunft**“. Aktion für
Ausbildungs- und
Arbeitsplätze. Mit Rock und
Rap und vielen
Informationen. Veranstaltet
von der DGB-Jugend und
vielen anderen. Ort:
Marktplatz R 1.

Donnerstag, 20.07.1995:
Jugendhilfeausschuß. 15.30
Uhr Stadthaus N 1.

Donnerstag, 20.07.1995:
17.00 Uhr. AG
Grundsicherung der SOPO.
M 1, 8-9.

Samstag, 22.07.1995 um
11.00 Uhr: **Forum**
**„Selbsthilfe gegen den
Schmerz“**. Veranstaltet vom
Gesundheitstreff Mannheim.
Ort: Bürgerhaus
Neckarstadt, Lutherstraße 15
(Telefon: 0621-313434).

Dienstag, 25.07.1995 um
9.00 Uhr: Vorstandssitzung
des *PARITÄTISCHEN*
Wohlfahrtsverbandes,
Kreisverband Mannheim.

Dienstag, 25.07.1995:
Gemeinderatssitzung. 15.30
Uhr Stadthaus N 1.

Mittwoch, 26.07.1995:
15.00 Uhr. AG Sozialhilfe
der SOPO. Diakonie, C 3, 6.

Samstag, 12.08.1995 ab
16.00 Uhr: **Regenbogenfest
der Aids-Hilfe**

Mannheim/Ludwigshafen im
Schneckenhof des
Mannheimer Schlosses. Ein
Programm für die ganze
Familie inkl. Essen und
Getränken und bekannten
Künstlern wird geboten. Der
Erlös kommt aidskranken
Menschen zugute. Noch
werden ehrenamtliche Helfer
gesucht - als Entschädigung
gibts
Verpflegungsgutscheine.
Telefon für Interessierte:
(0621) 28600.

Mittwoch, 06.09.1995:
17.00 Uhr. AG
Grundsicherung der SOPO.
M 1, 8-9.

Dienstag, 19.09.1995:
15.00 Uhr. AG
Grundsicherung der SOPO.
M 1, 8-9.

Dienstag, 19.09.1995:
17.00 Uhr. AG
Obdachlosigkeit der SOPO.
Diakonie, C 3, 6.

Dienstag, 19.09.1995 um
19.30 Uhr: Treffen FG
Kindertageseinrichtungen
des *PARITÄTISCHEN*
Wohlfahrtsverbandes,
Kreisverband Mannheim im
Nachbarschaftshaus
Rheinau, Rheinauer Ring
101.

Mittwoch, 20.09.1995:
15.00 Uhr. AG Sozialhilfe
der SOPO. Diakonie, C 3, 6.

Donnerstag, 21.09.1995:
Bonnfahrt zum Bundestag
für Mitglieder und
Mitgliedsverbände des
PARITÄTISCHEN
Wohlfahrtsverbandes auf
Einladung des MdB Jürgen
Rochlitz. Geplant ist u. a.
eine Stadtrundfahrt mit
Führung, ein Besuch im

Haus der Geschichte, eine
Visite im
Bundesarbeitsministerium
sowie ein abendlicher
Plenumsbesuch. **Die
Teilnahme ist kostenlos.**
Anmeldung bitte bis
spätestens Ende Juli bei
Ulrike Morr (0621-25824)
oder bei Horst Hembera
(0621-33837-0).

Samstag, 23.09.1995:
**Landestreffen der
Gehörlosen** Baden-
Württemberg in HD-
Plankstadt, Mehrzweckhalle
Plankstadt. Beginn 18.00
Uhr. Veranstaltung aus
Anlaß des weltweiten
„Tages der Gehörlosen“. Bunt
es Programm mit einer
Ausstellung über die Arbeit
der Gehörlosen im
Berufsleben.

Dienstag, 26.09.1995 um
9.00 Uhr: Vorstandssitzung
des *PARITÄTISCHEN*
Wohlfahrtsverbandes,
Kreisverband Mannheim.
Rheinstraße 11 / Ecke
Hafenstraße.

Dienstag, 26.09.1995 um
15.30 Uhr:
Gemeinderatssitzung.
Stadthaus N 1.

Mittwoch, 27.09.1995:
14.00 Uhr. Projektgruppe
der SOPO. Diakonie, C 3, 6.

Liga der Wohlfahrtsverbände lehnt Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg ab

Mit der 35. Ergänzungslieferung der Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg, die seit September 1994 gelten, waren und sind einschneidende Änderungen auf Kosten der SozialhilfeempfängerInnen verbunden. In seinem Rundbrief 1/95 weist der Landesverband des *PARITÄTISCHEN* darauf hin, daß die Veränderungen von den Vertretern der Liga der freien Wohlfahrtsverbände abgelehnt worden sind. Auch wurde den Vertretern der Liga auf deren Forderung hin zugesichert, bei künftigen Rundschreiben des Landkreistages im Falle abweichender Voten der Liga-Vertreter diese kenntlich zu machen.

Sozialhilferichtlinien sind lediglich Empfehlungen, die bei der lokalen Umsetzung nach § 114 Bundessozialhilfegesetz („*Vor dem Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften und der Festsetzung der Regelsätze sind sozial erfahrene Personen zu hören, besonders aus Vereinigungen, die Bedürftige betreuen, oder aus Vereinigungen von Sozialleistungsempfängern.*“) in kreiskommunalen Gremien - in der Regel im Sozialausschuß - diskutiert werden müssen. Sozialhilfe-Richtlinien dürfen nicht wie

Geheimdokumente behandelt werden. Der *PARITÄTISCHE* ist mitverantwortlich dafür, daß dieses Problem auf die Tagesordnung der Sozialausschußsitzung vom 6.07.95 gesetzt wurde. Für Mannheim ist es deshalb angesagt, daß die örtliche Liga ihren Einfluß dahingehend geltend macht, den mittelalterlichen Beschluß des Sozialausschusses vom 21.09.1984, wonach die Sozialhilferichtlinien „in der jeweiligen Fassung anzuwenden“ sind, also ohne vorherige kommunalpolitische Diskussion eine Automatik greift, aufzuheben. Damit würde man eine fruchtbare öffentliche Diskussion über die Auswirkungen der Sozialhilfe-Richtlinien auf die Betroffenen ermöglichen und in Zukunft verhindern, daß klammheimlich gravierende Verschlechterungen der Lebenssituation von Armen eintreten. Gerade in einer Zeit, in der soziale Ausgrenzungsprozesse diskutiert werden und die Forderung nach einer regelmäßigen Armutsberichterstattung immer lauter wird, ist es sozialpolitisch geboten, auch auf kommunaler Ebene weiteren Sozialleistungskürzungen entgegenzutreten.

Erhöhung der Sozialhilfe-Regelsätze um 9 % gefordert

Der *PARITÄTISCHE* Gesamtverband hat eine Erhöhung der Sozialhilfe-Regelsätze zum 1. Juli 1995 um mindestens 9 % gefordert, um zu verhindern, daß noch mehr Menschen unter die Armutgrenze fallen. Die geforderte Steigerung um 9 % würde lediglich die seit Einführung des Statistikmodells nicht mehr erfolgte Anpassung an die Preisentwicklung ausgleichen. Tatsächlich wurden die Regelsätze in Baden-Württemberg zum Juli dieses Jahres um lediglich rund 1,15 % „erhöht“. Durch eine Anpassung unterhalb der Inflationsrate, so Pressesprecher Ulrich Schneider, werde der Mindestbedarf nicht mehr gedeckt: „Die Sozialhilfeempfänger werden weiter in die Armut getrieben“.

Auch die Bemessung der Sozialhilfesätze an der Nettolohnentwicklung sei mit den Zielen

des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) nicht vereinbar, da die Verknüpfung der Regelsätze mit der Lohnentwicklung die Aufgabe verfehle, den tatsächlichen Mindestbedarf eines Menschen zu sichern. Dementsprechend wird die vorgesehene Verschärfung des sog. Lohnabstandsgebotes ebenfalls strikt abgelehnt, wonach das Sozialhilfeeinkommen das Einkommen von Niedriglohnbeziehern nicht übersteigen darf. Das Lohnabstandsgebot ist, was auch in einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie eindeutig belegt wird, in der Regel gewahrt. Nur in Ausnahmefällen - bei großen Familien - treten Überschneidungen auf. Dies zeigt, daß offensichtlich der Familienlastenausgleich nicht in der Lage ist, die Armut von Familien zu verhindern.

Sozialhilfe: Bekleidungs pauschale als Kürzungsinstrument?

Grundsätzlich ist es im Sinne der Betroffenen zu begrüßen, wenn Einmalige Beihilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz durch pauschale Leistungen abgegolten werden. Wie sieht es aber aus, wenn die Pauschalen der Entwicklung der Lebenshaltungskosten hinterherhinken? Besonders drastisch zeigt sich dies bei der Bekleidungs pauschale im Musterländle. Mit der 35. Ergänzungslieferung der baden-württembergischen Sozialhilfe-Richtlinien vom August 1994 sind die Kleiderpauschalen für SozialhilfebezieherInnen sogar noch gekürzt

worden. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge gilt - gerade auch für Sozialhilfeträger - als oberste Instanz in Sachen Sozialhilferecht. Der Deutsche Verein hat 1992 Empfehlungen zur Höhe der Kleiderpauschalen veröffentlicht. Vergleicht man diese Pauschalen mit den aktuell in Baden-Württemberg gültigen, so klafft eine bedeutende Lücke zwischen dem tatsächlichen Bedarf und dem, was den Betroffenen zugestanden wird:

Bekleidungs pauschalen

(BW=Bad.-Württemberg, DV=Deutscher Verein, DVH=hochgerechnet auf 1995 mit einer Preissteigerung von jährlich 3 %, Preis in DM)

Frauen

Alter in Jahren	BW bis 9/1994	BW ab 10/1994	DV 7/1992	DVH 1995
1 bis 7	430.-	390.-	470.-	514.-
8 bis 14	450.-	405.-	480.-	525.-
14 bis 18	770.-	695.-	860.-	940.-
ab 18	670.-	605.-	720.-	787.-

Männer

Alter in Jahren	BW bis 9/1994	BW ab 10/1994	DV 7/1992	DVH 1995
1 bis 7	430.-	390.-	470.-	514.-
8 bis 14	450.-	405.-	480.-	525.-
14 bis 18	650.-	585.-	740.-	809.-
ab 18	550.-	495.-	580.-	634.-

Von den politisch Verantwortlichen muß die Frage beantwortet werden, warum trotz gestiegener Lebenshaltungskosten die Kleiderpauschalen so weit unter den Empfehlungen des Deutschen Vereins liegen. **Und nach wie vor gilt:** Pauschalen haben

zunächst nichts mit dem tatsächlichen Bedarf - dem einzig gültigen Maßstab - zu tun, und jede sozialhilfeberechtigte Person kann, unabhängig von der gewährten Pauschale, bei den Sozialämtern zusätzlichen Bedarf geltend machen.

Bald Restaurant „Mannheimer Platte“ für Obdachlose?

Seit geraumer Zeit kämpfen Frau Gertrud Weber und ihre FreundInnen vom Verein >Menschen helfen Menschen< unermüdlich wie Eichhörnchen um eine Gaststätte für arme Menschen. Jetzt scheint die Zeit reif zu sein. Im Quadrat H 7, 26 wurde endlich eine Räumlichkeit gefunden. Das Kind hat bereits einen originellen Namen: >Mannheimer Platte< soll das Restaurant heißen. Allerdings

muß einige Renovierungsarbeit geleistet und nach Mobiliar Ausschau gehalten werden, bevor es losgehen kann. Noch werden freiwillige HelferInnen gesucht, die gemeinsam mit anpacken, um in naher Zukunft verbilligtes Essen für Bedürftige anbieten zu können. (Kontakttelefon: Frau Gertrud Weber (0621) 734422. Auch Spenden an den Verein sind herzlich willkommen: Sparkasse Mannheim

Kto 3049608 BLZ 67050101 oder 67090000).
Volksbank Mannheim Kto 6919200 BLZ

Arbeitslosenunterstützung: Wenig genug

Um bestehende Vorurteile über die „Höhe“ der Lohnersatzleistungen etwas zu korrigieren, hier die Beträge über die tatsächliche Höhe der Arbeitslosenunterstützung,

Stand Januar 1995. Natürlich fließen in diese Zahlen nur jene Arbeitslose ein, die überhaupt noch Ansprüche nach dem Arbeitsförderungsgesetz haben. Durch die erfolgten

Kürzungen der Lohnersatzleistungen sind immer mehr Arbeitslose auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen oder wurden vollständig aus dem Leistungsbezug ausgesteuert.

ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG Januar 1995

(Durchschnittswerte in DM):

Männer		Frauen
1639	Arbeitslosengeld West	1046
1233	Arbeitslosengeld Ost	1028
1079	Arbeitslosenhilfe West	816
920	Arbeitslosenhilfe Ost	726

III Nachrichten vom *PARITÄTISCHEN*

Mannheimer Kinderläden präsentieren sich der Öffentlichkeit

Die in der Fachgruppe Kindertageseinrichtungen des *PARITÄTISCHEN* Wohlfahrtsverbandes im Kreisverband Mannheim zusammengeschlossenen Kinderläden zeigten sich am 19. Mai von ihrer bunten Seite. In einer mit dem Stadtjugendamt und dem *PARITÄTISCHEN* gemeinsam durchgeführten Werbeaktion im Mannheimer Stadthaus ließ man auf großen Informationstafeln Entstehungsgeschichte und Alltag der Kinderläden Revue passieren.

In der Pressekonferenz machte der Leiter des Stadtjugendamtes auf die bestehende Unterversorgung an Kindergartenplätzen in Mannheim aufmerksam, wo im Vergleich zu anderen Städten die kindergartenrelevanten Altersgruppen überproportional stark angestiegen seien. Er erläuterte die finanziellen Fördermöglichkeiten der Stadt für Kindertageseinrichtungen im Bereich Freier Träger und lobte das Engagement des *PARITÄTISCHEN* bei der Unterstützung von Elterninitiativen.

Der Kreisvorsitzende des *PARITÄTISCHEN* Frieder Brender wies darauf hin, daß sich seit der Einrichtung der Fachgruppe Kindertageseinrichtungen vor ca. zwei Jahren die Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendamt merklich verbessert habe, betonte jedoch gleichzeitig, daß man an keine Standardreduzierung denke. Grundlage für die im *PARITÄTISCHEN* organisierten Kinderläden sei deren eigenständiges pädagogisches Konzept mit der Betonung des Elternengagements sowie der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Eltern und den ErzieherInnen.

Der Sprecher der Fachgruppe Kindertageseinrichtungen Herr Mütsch sprach der Stadt für die bisherige Unterstützung seinen Dank aus. Man wolle mit diesem Tag andere Eltern ermutigen, dem eigenen Beispiel zu folgen und ebenfalls Elterninitiativen ins Leben zu rufen. Er wie auch andere VertreterInnen der Elterninitiativen brachten deutlich zum Ausdruck, daß das wichtigste Motiv zur

Gründung der Kinderläden der Wunsch nach kleineren Kindergruppen gewesen sei.

Auch Frau Walker als Vertreterin des *PARITÄTISCHEN* Landesverbandes, die anschließend als kompetente Ansprechpartnerin zur Verfügung stand, rückte das pädagogische Konzept in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Bezüglich des ab Januar 1996 gültigen Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz machte sie auf einen Referentenentwurf aufmerksam. Darin seien neben anderen Berufsgruppen, die sie namentlich aufzählte, auch Jugend- und HeimerzieherInnen als anerkannte Berufsgruppen genannt, die damit auch bezuschussungsfähig seien und GruppenleiterInnenfunktion übernehmen könnten.

In der sich anschließenden Diskussion wurden Befürchtungen laut, daß das anstehende Gesetz

im Landtag Quantitätsüberlegungen auf Kosten qualitativer Standards von Einrichtungen in den Vordergrund stellen könnte. Auch bei den Kommunen, so Jugendamtsleiter Werner, herrsche Unklarheit über das bevorstehende Gesetz. Geltende Standards sollten zwar gehalten werden, doch stehe man unter einem enormen Spardruck. Die Kinderläden beziehen hierzu eine klare Position: für sie kommt eine Aufstockung der Gruppengröße nicht in Frage. Denn letztendlich geht es bei allen noch zu lösenden Problemen um die Rechte der betroffenen Kinder: eine kindgerechte Erziehung und eine pädagogisch sinnvolle Betreuung muß in ihrem Namen gewährleistet sein. Im Anschluß an die Diskussion gab es schließlich noch reichlich Gelegenheit für alle Beteiligten, sich auszutauschen und die hübsch präparierten Stände der Kinderläden zu bewundern, mit denen die Elterninitiativen ihre Arbeit und ihr pädagogisches Konzept vorstellten.

Jahresmitgliederversammlung des *PARITÄTISCHEN* Landesverbandes

Die diesjährige Mitgliederversammlung des *PARITÄTISCHEN* Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg wurde am 28. Juni in der Leonberger Stadthalle abgehalten. Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Landesvorsitzenden Ernst Harmening hielt der geladene Referent Dr. Armin Husemann vom Anthroposophischen Ärzteseminar eine vielbeachtete Rede über das **Thema >Von der Würde des Menschen - Bioethik und Sozialarbeit<**.

In seinem ethisch fundierten Vortrag plädierte Dr. Husemann für die Anerkennung der persönlichen Individualität und der Würde des Menschen und gegen die zunehmenden - wissenschaftlich verbrämten - Versuche aus dem verhaltensbiologischen und sozialdarwinistischen Lager, über genetische Manipulationen leistungsfähige Robotermenschen zu konzipieren und dadurch die menschliche Würde, die sich aus ihrer Einzigartigkeit, der „Kraft der Frage“ und der „Kraft des Zweifels“ nähre, zu zerstören. Auch die Nazis hätten auf diese Weise die Würde, die Individualität und Autonomie der Menschen einer todbringenden Herrenrassen-Ideologie geopfert.

Mit überwältigender Mehrheit wurde der **Antrag auf Satzungsänderung (§ 4 Prüfungspflicht)** verabschiedet. Hierdurch werden u. a. kleinere Mitgliedsverbände mit jährlichen Erträgen unter 50.000.-DM vollständig von der Prüfungspflicht befreit. Auch bei Mitgliedsorganisation mit Erträgen zwischen 50.001.-DM und 400.000.-DM treten - bei dreijährigem Prüfungsrhythmus - Erleichterungen ein: sofern >Parität pur< mit der Prüfung betraut wird, beteiligt sich der *PARITÄTISCHE* an den Kosten, sodaß für den Mitgliedsverband noch eine finanzielle Belastung von rund 400.-DM (zuzüglich Mehrwertsteuer) jährlich zu tragen ist.

Der Landesvorsitzende Ernst Harmening wurde ohne Gegenstimme in seinem Amt bestätigt. Bei den **Wahlen zum zehnköpfigen Landesvorstand** wurde Frau **Yvette Bödecker** aus Mannheim mit der höchsten Stimmenzahl in den Vorstand gewählt. Sehr zum Bedauern des *PARITÄTISCHEN* Kreisverbandes Mannheim verfehlte dessen ehemaliger Kreisvorsitzender Rolf Seltenreich - der wegen einer Landtagsdebatte zur Pflegeversicherung persönlich nicht an der Landesversammlung teilnehmen konnte - einen

Sitz im Landesvorstand. Im baden-württembergischen Landesvorstand beträgt der

Fachgruppen und Gremienvertretung im *PARITÄTISCHEN* Kreisverband

Bereits auf der Kreisvorstandssitzung im November 1994 wurde darüber nachgedacht, wie man den Erfahrungsaustausch innerhalb des Kreisverbandes verbessern und den *PARITÄTISCHEN* auf der örtlichen Ebene stärken kann. Es wurden vier Fachgruppen ins Auge gefaßt.

Die anvisierte **FG Beratungsdienste** konnte bisher noch nicht ins Leben gerufen werden. Für entsprechende Vorschläge oder Anregungen von Seiten der Mitgliedsverbände ist der Kreisvorstand offen.

Inzwischen existiert die **FG Alten- und Behindertenhilfe**. Koordinator ist Herr Roland Weiß (Arbeiter-Samariter-Bund).

Seit längerem arbeitet die **FG Kindertageseinrichtungen**. Sprecher ist Herr Jörg Mütsch (Kinderladen Rheinau), Stellvertreter Herr Schmitt-Rohr (Kinderladen Friedrichsfeld).

Keine eigene FG wurde für den Bereich **(Gesundheits-)Selbsthilfe** gegründet, da die Regionale Arbeitsgemeinschaft der Gesundheitsselbsthilfe (RAG) für die Mitglieder des *PARITÄTISCHEN* Fachgruppenfunktion übernehmen kann. Ansprechpartnerin für den Kreisvorstand ist Frau Ulrike Thomas (Gesundheitstreffpunkt).

Frauenanteil nunmehr 30 Prozent (7 männliche, 3 weibliche Mitglieder).

In **Gremien / Ausschüssen** sind für den *PARITÄTISCHEN* folgende Personen vertreten:

Sozialpolitische Offensive: Frau Yvette Bödecker (Frauenhaus), Frau Breithecker-Amend (Biotopia)

Seniorenrat: Herr Christian Langscheid (Waldorfschulverein)

Gemeinschaftszentrum Jungbusch: Herr Thomas Weichert und Herr Frieder Brender (Biotopia)

LIGA: Herr Frieder Brender und Herr Bernd Nicolay

Jugendhilfeausschuß (beratende Stimme): Herr Bernd Nicolay, Stellvertreter Herr Bernd Mütsch

Sozialausschuß: Herr Roland Weiß (Arbeiter-Samariter-Bund), Stellvertreter Herr Bernd Nicolay

AG Betreuungsrecht: Frau Sieglinde Duda (Freireligiöse Gemeinde)

Regionale AG Gesundheitserziehung: Wird durch Frau Ulrike Thomas mitvertreten.

Zusatzversorgungskasse (ZVK)

Die Möglichkeit, daß Mitgliedsverbände des *PARITÄTISCHEN* die ZVK in Anspruch nehmen können, ist stark eingeschränkt. Laut Auskunft vom *PARITÄTISCHEN* Landesverband Baden-Württemberg verunmöglicht die Zuständigkeit der ZVK für den öffentlichen Dienst in der Regel eine Zusammenarbeit. Die ZVK verlangt auf jeden Fall eine öffentliche Bürgschaft oder eine Hypothek auf Grundstücke, was auch in der starren Satzung so vorgesehen sei. Bei Bankrott einer Einrichtung greift die ZVK dann auf den Bürgen zurück. Auch bei einer

Verselbständigung verlangt die ZVK eine hohe Bürgschaft.

Es hat Versuche gegeben, daß eine Einrichtung in den kommunalen Arbeitgeberverband eingetreten ist.

Der UNION-Versicherungsdienst ist eine Tochter des *PARITÄTISCHEN* und ist Mitglied der VBLO, einem Verband mit ca. 25 Versicherungen (den Hauptanteil hält die Allianz). Mit der UNION habe man in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht. Die Satzung der UNION kommt jener der ZVK am nächsten. Allerdings hat die UNION keine Überleitungsfunktion zur ZVK.

Kirchen haben eine eigene kirchliche ZVK mit

Überleitungsfähigkeit zur öffentlichen ZVK.

Kleinere Mitgliedsverbände: Probleme mit der Personalkostenabrechnung?

An den *PARITÄTISCHEN* Kreisverband sind von Seiten kleinerer Verbände Anfragen gerichtet worden, die sich mit dem Problem der Personalkostenabrechnung beschäftigen. Die Frage lautete, ob es möglich ist, die Personalkostenabrechnung fremdzuvergeben, da die Bearbeitung sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Der *PARITÄTISCHE*

Kreisverband möchte auf diesem Wege erfahren, ob dieses Problem bei vielen kleinen Mitgliedsverbänden existiert und ein Bedarf an einer solchen sozialen Dienstleistung besteht. In diesem Fall bitten wir den entsprechenden Verband, sich mit dem Kreisverband in Verbindung zu setzen (Tel. 33837-0).

Sozialhilfethematik angehen

Der Kreisvorstand des *PARITÄTISCHEN* will mit Blick auf die anstehende Seehofer-Reform

die Sozialhilfeproblematik zu seinem künftigen Arbeitsschwerpunkt machen.

Schmerzprojekt des Gesundheitstreff vom *PARITÄTISCHEN* unterstützt

Auf Anregung des *PARITÄTISCHEN* Kreisvorstandes Mannheim beteiligt sich der *PARITÄTISCHE* Landesverband finanziell mit

einer Summe von 6.500.-DM am Schmerzprojekt des Gesundheitstreff.

Baugenehmigung für das Soziale Dienstleistungszentrum erteilt

Nach Erteilung der Baugenehmigung für das Gebäude in der Alphornstraße läuft die Vorbereitung für die Ausschreibung der Rohbaumaßnahmen. Biotopia hat mit den

Entrümpelungsarbeiten begonnen und diese fast beendet. Nach dem Zeitplan der Architekten ist mit der Fertigstellung im Herbst 1996 zu rechnen.

IV) Sozialpolitische Offensive (SOPO)

AnsprechpartnerInnen

Die AG Grundsicherung der SOPO trifft sich bis auf weiteres nicht mehr im Haus der Diakonie, sondern in M 1, 8-9 (gegenüber dem „Anderen Buchladen“) im Erdgeschoß. Die beiden anderen Arbeitsgruppen (AG Obdachlosigkeit und AG Sozialhilfe) sowie die Projektgruppe (das geschäftsführende Organ der SOPO) finden wie bereits angekündigt regelmäßig im Haus der Diakonie in C 3, 6, das Plenum im Stadthaus in N 1 statt.

AG Grundsicherung: Thema ist der Referentenentwurf zur Sozialhilfe-Reform aus dem Hause Seehofer vom 22.05.1995 sowie die Sozialhilfe-Richtlinien Baden-Württemberg

(speziell die 35. Ergänzungslieferung vom Herbst 1994).

AG Obdachlosigkeit: Behandelt wird die Situation von Wohnungs-/Obdachlosen in Mannheim. Es wurde festgestellt, daß für bestimmte Gruppen (wohnungslose Frauen, drogenabhängige Obdachlose, jugendliche Obdachlose) zusätzliche Angebote notwendig sind. Ein Fragebogen für Einrichtungen und städtische Dienststellen im Bereich Obdachlosenhilfe wurde ausgewertet und das Ergebnis diesen Institutionen zugeschickt. Nunmehr wird nach Wegen der kommunalpolitischen Umsetzung der bisher erarbeiteten Ergebnisse gesucht.

AG Sozialhilfe: Einziges Thema momentan:
Schuldnerberatung. Ein Konzept der

Schuldnerberatung für Mannheim wird
erarbeitet.

Wer Interesse hat, an einer der Arbeitsgruppen teilzunehmen, oder Fragen zu Inhalt und Arbeitsweise der Arbeitsgruppen hat, wende sich an:

Jutta Wentz	Leiterin AG Grundsicherung	c/o Industriepfarramt	Tel. 415009
Peter Hübinger	Leiter AG Sozialhilfe	c/o Diakon. Werk	Tel. 15993-91
Renate Breithecker-Amend	Leiterin AG Obdachlosigkeit	c/o Biotopia	Tel. 154311
Horst Hembera	PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband		Tel. 33837-0.

Prämienarbeiten in Mannheim

Auf ihrer letzten Plenumssitzung hat sich die SOPO gegen die gängige Praxis des Sozialamtes gewandt, SozialhilfebezieherInnen zu bestrafen, die sich weigern, sog. „Prämienarbeiten“ nach dem Bundessozialhilfegesetz zu verrichten (Stundenlohn oder „Prämie“: 3,50.-DM). Den Betroffenen wird in einem solchen Fall der

Sozialhilfe-Regelsatz um bis zu 30 % gekürzt. Von den Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen werden Prämienarbeiten als moderne Sklavenarbeit oder Arbeitszwang bezeichnet, denn „Prämienarbeiten“ unterliegen nicht dem Sozialversicherungsrecht, bieten den Betroffenen keine berufliche Perspektive und haben auch keine sozialintegrative Funktion.

Hearing: Soziale Grundsicherung als Armutsbremse?

Die AG Grundsicherung der Sozialpolitischen Offensive hatte zu einem Hearing zu den verschiedenen Modellen sozialer Grundsicherung eingeladen. Gekommen waren sachkundige VertreterInnen der jeweiligen Modelle: MdB Petra Bläß für die PDS, Andreas Brandhorst für Bündnis 90/ Grüne, MdB Prof. Gisela Frick für die FDP, MdB Konrad Gilges für die SPD und Prof. Wolfgang Scherer als Vertreter der Sozialhilfeinitiativen.

Es zeigten sich unterschiedliche Standpunkte zur Höhe und zu den Kriterien einer sozialen Mindestsicherung. Die Ursache für die seit Jahren steigende Zahl von SozialhilfebezieherInnen sahen PDS, Grüne und SPD in der Massenarbeitslosigkeit. Deshalb sei es notwendig, die der Sozialhilfe vorgelagerten Sicherungssysteme „armutsfest“ zu machen. Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) sei 1962 geschaffen worden, um in Ausnahmefällen als letztes Auffangnetz Schutz zu bieten. Inzwischen ist Arbeitslosigkeit mit über 30 % (in Mannheim gar 40 %) Hauptursache für Sozialhilfebedürftigkeit.

Die FDP-Vertreterin plädierte für ein steuerfinanziertes >Bürgergeldsystem<. 50 % des Einkommens müssten anrechnungsfrei

bleiben, um einen Arbeitsanreiz zu schaffen. Auf die Frage, welche Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, blieb Frau Frick eine Antwort schuldig. Auch der Betrag von 1.000.-DM, den Sie als Höhe des Bürgergeldes nannte, umfaßt den gesamten sozialhilferechtlichen Bedarf und würde damit sogar unter der jetzigen Höhe der Sozialhilfe zurückbleiben.

Konträr hierzu setzte sich der Vertreter der Sozialhilfeinitiativen, Prof. Scherer als Verfechter des Existenzgeldmodells für eine deutliche Erhöhung der Sozialhilfe ein. Die heutigen Regelsätze der Sozialhilfe seien nicht mehr am Bedarf orientiert, sondern durch staatliche Manipulation unter die Armutsgrenze gedrückt worden. Um ein soziokulturelles Existenzminimum für alle zu garantieren, müssten die Regelsätze deshalb auf ca. 1.300.-DM + Mietkosten erhöht werden. Das Existenzgeldmodell beinhalte auch die Forderung nach einer Umverteilung von Einkommen und Arbeit sowie nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung.

Bei dem Hearing wurde deutlich, daß die Notwendigkeit einer sozialen Grundsicherung zur Abdeckung von Lebensrisiken nicht ohne die gleichzeitige Diskussion über die Arbeitsgesellschaft insgesamt geführt werden

kann. Eine Gesellschaft, die zu den reichsten auf der ganzen Welt gehört, kann es sich auf Dauer nicht leisten, Millionen an der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen und damit den Anspruch, jeder Person ein

menschenwürdiges Leben zu garantieren, außer Kraft zu setzen. Die Diskussion um soziale Grundsicherung / Existenzgeld muß weiter geführt werden!

V Informationen aus den Mitgliedsverbänden

Das Mannheimer Frauenhaus hatte zusammen mit AGISRA (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) Ende April zu einer Informationsveranstaltung in den Frauenbuchladen Xanthippe eingeladen. Wir dokumentieren die Stellungnahme des Mannheimer Frauenhauses:

„§ 19 AusländerInnengesetz und mißhandelnde Männer. Verhängnisvolle Allianz bei Gewalt gegen Migrantinnen

Das neue Ausländergesetz ist seit über 3 Jahren in Kraft. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, daß vor allem der § 19 für Migrantinnen einen umfassenden Eingriff in ihre Lebensplanung bedeutet.

Die gesetzliche Regelung knüpft das Aufenthaltsrecht der Frauen an die Ehe. Migrantinnen, die mit einem Migranten oder deutschen Partner verheiratet sind, stehen vier Jahre (im Härtefall 3 Jahre) aufenthaltsrechtlich sowie menschlich in Abhängigkeit zum Partner. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau wird ausgehebelt. Einer Entscheidung für oder gegen die Ehe ist immer eine Entscheidung zwischen bleiben oder gehen.

Frauen, die sich vor Ablauf der „Ehebestandszeit“ von ihrem Ehemann trennen, droht Ausweisung und Abschiebung

sowie Unterhaltsverlust. Gewalt durch den Ehemann und die Flucht in ein Frauenhaus führen zur gleichen Konsequenz. Ehezeiten außerhalb Deutschlands zählen nicht.

Für Ehemänner ist das Gesetz ein ideales Instrument, um Frauen zum Aushalten in der Ehe zu zwingen, bzw. sich ihrer legalerweise zu entledigen.

Deshalb fordern wir:

- **Eigenes Aufenthaltsrecht für Migrantinnen**
- **Doppelte Staatsbürgerinnenschaft für Migrantinnen**
- **Bezug von Sozialhilfe darf kein Ausweisungsgrund sein**
- **Geschlechtsspezifische Verfolgung im Herkunftsland muß das Recht auf Asyl gewährleisten.“**

roll-in:

Tatsächlich passiert: MVG läßt Stadtrat sitzen!

Was war geschehen? Zunächst begann alles ganz harmlos. Der roll in - Club Behinderter und Nichtbehinderter - veranstaltete am 1. Juli die 1. Mannheimer Rollstuhlrallye. Neben echten RollstuhlfahrerInnen waren auch „unechte“ RollstuhlfahrerInnen (sogenannte Nichtbehinderte) eingeladen und erschienen. Unter letzteren auch MdL Seltenreich, die Stadträtin Bade (beide SPD) und die Stadträte Schäfer und Brender (beide Grüne).

Die Ralleystrecke führte vom Cafe Filsbach in J 6 nach K 1, durch die Fußgängerzone zum

Marktplatz, zwischen F 1 und F 2 in Richtung Paradeplatz, von dort direkt zum Schloß und mit der Straßenbahn zurück zum Marktplatz. Ziel war das Cafe Filsbach. Die vorgegebenen Aufgaben waren allesamt lösbar. Schwieriger wurde es dann schon, wenn die Teilnehmer auf die Alltagsprobleme von 'Rollis' stießen.

Die Unwägsamkeiten, die RollstuhlfahrerInnen bei einem Einkaufsbummel einkalkulieren müssen, wurden allen TeilnehmerInnen schnell deutlich: die rollstuhlfreundlichen Abflachungen an den Bordsteinen sind oft

zugeparkt, was das Überqueren einer Straße zur artistischen Übung werden läßt; zugeparkt sind, besonders an Samstagen, auch viele Gehwege in der Innenstadt: ein Durchkommen mit dem Rollstuhl ist an solchen Tagen fast nicht möglich. Unter solchen Umständen war manche(r) bis zu drei Stunden unterwegs ...

Besonders hart traf es Grünen-Stadtrat Brender: er hatte den langen Weg zum Schloß bereits hinter sich und freute sich auf die Rückfahrt mit der Straßenbahn, als ihn ein Straßenbahnfahrer einfach an der Haltestelle sitzen ließ. Nun war und ist dies leider kein Einzelfall. So mancher Zugführer reagiert immer noch leicht verschreckt und dreht schnell an seiner Kurbel, wenn er eine/n

RollstuhlfahrerIn im Wartehäuschen sieht. Es stellt sich die Frage: Was nützt die teure Niederflurbahn und eine (in der Innenstadt gibt es tatsächlich nur eine einzige) erhöhte Haltestelle, wenn RollstuhlfahrerInnen zurückbleiben müssen, weil einige FahrerInnen nicht gewillt sind, Behinderte mitzunehmen?! Vielleicht sollte der roll in Club die nächste Rollstuhlrallye exklusiv für Mitarbeiter der MVG durchführen.

Den Rallye-TeilnehmerInnen jedenfalls ist nach der ersten 'Tour de roll' klar, wie anstrengend und kompliziert eine Rollstuhlfahrt durch Mannheim ist. Belohnt wurden sie für ihre Mühen mit attraktiven Preisen und einem kleinen Fest am Cafe Filsbach.

Frank Schabert.

Europa-Abgeordnete bei Biotopia e. V. Mitarbeitervertretung übergab Unterschriftensammlung

Mehr als dreitausend Unterschriften übergaben am Dienstag, den 13.6.95 die Mitarbeitervertreter von Biotopia e. V. im Mannheimer Stadthaus an die beiden Europaabgeordneten Evelyn Gebhard (SPD) und Wilfried Telkämper (Bündnis 90/Grüne).

Dies war das Ergebnis der Aktion „Rettet den Gemüsebau bei Biotopia“, die von den Mitarbeitern des Vereins für ökologische Arbeit und Ausbildung vor drei Wochen gestartet worden war. Hintergrund für diese Unterstützungsbekundung Mannheimer Bürger ist die drohende Schließung des Biotopia-Modellprojektes „Gemüsebau“, in dem psychisch kranke Frauen und Männer in unbefristeten Arbeitsverhältnissen qualifiziert werden. In seiner Begrüßung verwies Jürgen Schmidt, Sprecher der Biotopia-Mitarbeitervertretung, auf die nach wie vor sehr schwierige Situation. Zwar habe sich die Lage durch die inzwischen vom Sozialministerium gegebene Zusage über zusätzliche Mittel aus dem EG-Sozialfonds etwas entspannt. Aber 15 Arbeitsplätze seien noch immer in Gefahr, eine Zusage der Landesregierung über Förderung aus dem EG-Topf „Horizon“ nach wie vor in weiter Ferne (wir berichteten bereits darüber).

Nachdem die Beschäftigten des bedrohten Projektes die gebündelten Unterschriftenlisten

übergeben hatten, machten Gebhard und Telkämper deutlich, daß sie dieses Projekt für modellhaft und innovativ und damit für sehr unterstützungswürdig halten. „Dieses Projekt paßt voll in das Horizon-Programm. Deshalb ist es verwunderlich, daß es nicht die erforderliche Unterstützung der Beteiligten erhält“, stellte Evelyn Gebhard fest und Wilfried Telkämper ergänzte: „Wie wir erfahren haben, wurde bei einer kürzlich vorgenommenen Rechnungsprüfung durch EG-Prüfer aus Brüssel die sowohl formal als auch inhaltlich hervorragende Arbeit Biotopias als eine der besten in Baden-Württemberg bestätigt.“ Beide EU-Abgeordneten wollen sich vor allem in Stuttgart, aber auch in Bonn und Brüssel intensiv für die weitere Finanzierung des Projektes einsetzen. „Wir haben bereits Brandbriefe der internationalen Kooperationspartner Biotopias in London und Lyon erhalten, deren Projektfinanzierung durch eine negative Entscheidung in Baden-Württemberg ebenfalls gefährdet wäre“, berichteten Gebhard und Telkämper, ein Grund mehr für die beiden EU-Abgeordneten, sich in dieser Angelegenheit zu engagieren.

Nachdem Claus Boesser-Perrari, bekannter Mannheimer Gitarrist, seine Unterstützung durch zwei musikalische Beiträge übermittelt hatte, bedankte sich Peter Kurz, erster Vorsitzender des Biotopia-Vereins, auch im

Namen seines Vorstandskollegen Brender bei Telkämper und Gebhard für die zugesagte Unterstützung. Er freute sich ganz besonders über das große Engagement und den Zusammenhalt der Mitarbeiter in dieser

Situation. Auf dieser Basis, so Kurz, sei er überzeugt davon, daß das gemeinsame Ziel - Rettung des Gemüsebaus - erreicht werden könne.

VI Bezirksgeschäftsstelle

Pflegedienst rund um die Uhr erreichbar

„Einen alten Baum verpflanzt man nicht“ - getreu diesem Leitsatz arbeiten in Mannheim die ambulanten Dienste der Paritätischen Bezirksgeschäftsstelle seit mehr als 30 Jahren. Aufgrund der Sanierungsmaßnahme in der „Volksküche“ ist die Geschäftsstelle zur Zeit in die Rheinstraße 11 ausquartiert.

Mehr als 50 Helferinnen und Helfer, Zivildienstleistende und Fachkräfte engagieren sich in den verbandseigenen Diensten und versorgen ältere und behinderte Menschen, sodaß sie solange wie möglich in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung verbleiben können: sei es bei **>Essen auf Rädern<**, das seit 01. Juli auch am Wochenende heiß ausgeliefert wird (Frau Kühn und Frau Viel, Tel. 33837-0) oder in der **Nachbarschaftshilfe** (Frau Lösch, Tel. 33837-11), die im Vor- und

Umfeld der Pflege mit hauswirtschaftlichen Hilfen und psychosozialer Betreuung mehr als 200 hilfsbedürftige Menschen in ganz Mannheim versorgt, oder im **Pflegedienst**, der seit März „rund-um-die-Uhr“ erreichbar ist (Frau Arnheiter, Herr Lohse, Tel. 33837-17 oder 0172-6104560).

Seit über 3 Jahren arbeitet der **Beratungsdienst für ältere Menschen** der Neckarstadt (Frau Kasten, Tel. 33837-15). Zum Aufgabenfeld des Dienstes gehört es u. a. auch, Impulse für die Schaffung neuer Seniorenangebote zu geben. Erfolgreich läuft zur Zeit in Zusammenarbeit mit anderen sozialen Einrichtungen im Gemeinwesen Neckarstadt ein Selbstverteidigungskurs für SeniorInnen.